

REPUBLIK ÖSTERREICH

Die Bundesministerin für europäische
und internationale Angelegenheiten

Dr. Ursula Plassnik

Frau Präsidentin des Nationalrates
Mag. Barbara PRAMMER
Parlament
1017 Wien

22. Mai 2007
GZ: BMiA-AT.6.10.11/0013-VI/2007

XXIII. GP.-NR
579 /AB
24. Mai 2007
zu 565/J

Die Abgeordneten zum Nationalrat Adolfine Herta MIKESCH, Kolleginnen und Kollegen haben am 26. März 2007 unter der Nr. 565/J-NR/2007 an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend soziale Gerechtigkeit für alle gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 3:

Im Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten gibt es weder für Ausgleichszulagenempfänger noch für Pensionisten mit einer Eigenpension, die nur geringfügig höher ist als der Ausgleichszulagenrichtsatz, Gebührenbefreiungen, Selbstbehaltsbefreiungen oder andere soziale Zuwendungen im Sinne der Entschließung des Nationalrats vom 15. Dezember 2006.

